

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 14.01. – 17.01.2013



SPD

Inhalt

1. Peer Steinbrück: Bändigung der Finanzmärkte und Steuerehrlichkeit
2. 50 Jahre Élysée-Vertrag
3. Kurzarbeitergeld
4. Massentierhaltung und Arbeitsbedingungen auf Schlachthöfen

SPD

Peer Steinbrück

Vor der Niedersachsenwahl wurden von konservativen Kreisen und Medien alle Propaganda-Maschinen angeworfen, um unseren Kanzlerkandidaten zu diskreditieren. Seitdem Peer Steinbrück Kanzlerkandidat der SPD ist, hat es fortwährende Versuche gegeben, seine Glaubwürdigkeit zu erschüttern. Stets hat er zu allen Fragen offen und ehrlich Stellung genommen. Im Gegensatz zu Angela Merkel bezieht Peer Steinbrück Position zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen. Er redet dabei niemandem nach dem Mund und sagt, was er denkt, sei es im Bundestag, im Bürgergespräch, in den Gremien der SPD, bei öffentlichen Auftritten oder in Interviews. Er steht zu seinen Überzeugungen und bewahrt Haltung auch bei Gegenwind. Er zeigt klare Kante und benennt die zentralen Zukunftsfragen unseres Landes. Also Nerven behalten! Peer Steinbrück kann Kanzler und wir werden in den nächsten Monaten noch Gelegenheit haben, die Kanzlerin dort herauszufordern, wo ihre Chaos-Koalition versagt hat.

Bändigung der Finanzmärkte

Peer Steinbrück steht wie kein anderer dafür, die Banken an den Kosten der Krise zu beteiligen! Wir unterstützen ihn ausdrücklich bei seiner Forderung nach einer Beendigung der Staatshaftung für Banken, deren Risikofreude und Geldgier sie in den Ruin zu treiben drohen. Es soll nicht zur Regel werden, dass die Steuerzahler in der EU die Rekapitalisierung maroder Banken finanzieren. Vielmehr soll ein Bankenfonds geschaffen werden, der sich durch die Banken selbst finanziert, sodass sie im Ernstfall an den Kosten einer Krise beteiligt werden können. Wie wichtig das ist, hat uns die jüngste Vergangenheit gezeigt: Ein strauchelnder Finanzsektor kann den Zusammenhalt in Europa ernsthaft gefährden.

Steuerehrlichkeit

Das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen in unserem Land hat in den letzten Jahren sehr gelitten. Die SPD fordert daher in der [„Braunschweiger Erklärung“](#) mehr Steuerehrlichkeit! Auf Initiative von Peer Steinbrück und unseres niedersächsischen Spitzenkandidaten Stephan Weil wollen wir den Kampf für mehr Steuergerechtigkeit aufnehmen und Banken, die mit ihrem Geschäftsmodell Steuerhinterziehung salonfähig machen, notfalls die Lizenz entziehen. Merkel und Co. haben hier auf ganzer Linie versagt! Was wir brauchen, ist eine bundesweite Steuerfahndung, damit auch grenzüberschreitende Finanzkriminalität, wie im Falle der Schweiz, wirksam bekämpft werden kann. Es kann nicht sein, dass die Großen ungeschoren davon kommen und der Steuerzahler dann die Suppe auslöffeln darf!

50 Jahre Élysée-Vertrag

Am Mittwoch hat der Bundestag den Élysée-Vertrag überparteilich als Meilenstein der deutsch-französischen Beziehungen gewürdigt. Der Vertrag hat zur Aussöhnung, Zusammenarbeit und Freundschaft der ehemaligen Kriegsgegner beigetragen.

Am 22. Januar 2013 wird der Élysée-Vertrag 50 Jahre alt. In einer gemeinsamen Sondersitzung des Bundestages und der französischen Assemblée nationale soll das 50-jährige Bestehen in Berlin gewürdigt und eine gemeinsame Erklärung verabschiedet werden. Auch Präsident François Hollande wird im Bundestag sprechen.

Die Zusammenarbeit unserer Länder soll noch ausgeweitet werden. Beispielsweise soll eine Arbeitsgruppe der beiden Parlamente die in Deutschland geplante Energiewende begleiten. Insbesondere soll aber in Zeiten politischer und ökonomischer Krisen ein weiteres Zusammenwachsen der Europäischen Union gestärkt und Probleme gemeinsam gelöst werden. Die Finanztransaktionssteuer, die die SPD und die französischen Sozialisten gemeinsam auf den Weg gebracht haben, ist dafür ein gutes Beispiel. Neben einem gemeinsamen Binnenmarkt und einer gemeinsamen Währung muss es auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik sowie eine eng abgestimmte Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik geben.

Vorausschauend handeln: Kurzarbeit jetzt regeln



Die Kurzarbeit hat bereits einmal bewiesen, dass sie ein gutes Instrument ist, um erfolgreich Arbeitsplätze, auch in Krisenzeiten, zu sichern. Die SPD möchte, dass Deutschland gut gewappnet ist, wenn es zu einer neuerlichen Krise kommen sollte. Deswegen soll der Titel [unseres Antrages](#) Programm werden: [„Künftige Wirtschaftskrisen erfolgreich meistern – Kurzarbeitergeld unter erleichterten Bedingungen wieder einführen“](#).

In der Krise 2009 profitierten knapp 1,5 Millionen Beschäftigte und ihre Arbeitgeber von der Kurzarbeit. Während die Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit für einen bestimmten Zeitraum verringerten, kamen die Kurzarbeitersgeld-Entlastungen bei den Sozialabgaben den Arbeitgebern zugute. So wurden Massenentlassungen erfolgreich verhindert.

Und was macht Schwarz-Gelb? Sie haben den typischen Merkelreflex: Abwarten und erst einlenken, wenn der öffentliche Druck zu groß wird oder das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Wir brauchen aber das konjunkturelle Kurzarbeitergeld jetzt als Puffer, damit Arbeitnehmer ihre Arbeit auch in der Krise behalten und die Arbeitgeber nach der Krise wieder durchstarten können. Daher möchten wir jetzt die Bedingungen schaffen, die im Krisenfall dann zu einer unbürokratischen und schnellen Einführung der Kurzarbeit genutzt werden können. Das ist vorausschauende und kluge Politik.

Massentierhaltung und miserable Arbeitsbedingungen auf deutschen Schlachthöfen

Die Schlachtbranche gerät immer wieder in die Schlagzeilen. Dabei geht es sowohl um die Bedingungen der Massentierhaltung als auch um die Arbeitsbedingungen der Menschen, die auf Schlachthöfen arbeiten. Hierrüber wurde am Mittwoch im Parlament heftig und teils leidenschaftlich debattiert!

Die SPD brachte ihren Antrag „Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung senken und eine wirksame Reduktionsstrategie umsetzen“ ein. Wir stoßen uns daran, dass immer mehr Antibiotika in der Nutztierhaltung verwendet werden und die gesundheitlichen Risiken, die beispielsweise durch Resistenzen für Menschen und Tiere entstehen können, nicht ausreichend kontrolliert werden.



Inakzeptabel sind allerdings auch die zum Teil miserablen Arbeitsbedingungen in Schlachtbetrieben! Diese gehen nämlich zu Lasten von Mensch, Tier und Umwelt! Natürlich sprechen CDU/CSU und FDP so kurz vor der Niedersachsenwahl nicht gerne über die Einhaltung von Sozialstandards oder die Folgen prekärer Beschäftigung für die Produktqualität. Uns geht es aber um Arbeitsschutz, uns geht es um die Sicherheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und uns geht es auch um die Aufklärung über Gesundheitsgefahren. Wir müssen über die Ausbeutung von Leiharbeitern gerade auch in der Schlachtbranche sprechen. **Kurz: Die sozialen Missstände in den deutschen Schlachthöfen sind nicht mehr hinnehmbar!** Teilweise ist es den Beschäftigten sogar ausdrücklich verboten, sich gewerkschaftlich zu engagieren! Die mangelhafte Ausbildung und Ausrüstung der prekär Beschäftigten in den deutschen Schlachthöfen führen auch zu massiven tierschutzrechtlichen Problemen, das weiß inzwischen jedes Kind. Wir werden das Thema nicht aus den Augen verlieren und uns weiter für die Einhaltung der Rechte von Menschen und Tieren auf Schlachthöfen einsetzen!

Veranstaltungshinweis für Kurzentschlossene

Ulli Meßmer und Dr. Rolf Mützenich laden alle Interessierten am Freitag, den 18. Januar ab 18 Uhr zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Titel „Pulverfass Nahost“ ein. Die Veranstaltung findet im Elgerhaus Elgershausen, Amters Hof 3 in Schauenburg statt.

Wir drücken Stephan Weil und den niedersächsischen Genossinnen und Genossen am Sonntag die Daumen für einen erfolgreichen Politikwechsel in unserem Nachbar-Bundesland!

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia